LANDTAG NORDRHEIN-WESTFALEN
18. Wahlperiode

Drucksache **18/9985**

12.07.2024

Kleine Anfrage 4132

des Abgeordneten Dr. Werner Pfeil FDP

Das Versprechen der Sanierung von Justizgebäuden und Justizvollzugsanstalten

Im Zukunftsvertrag von CDU/Grünen vom 23.6.2022[1] heißt es auf Seite 86 unter den Randnummern 4235 bis 4239 wie folgt:

„Die Immobilien der Staatsanwaltschaften und Gerichte sind zum großen Teil sanierungsbedürftig. Wir werden den Abbau des Sanierungsstaus, die bauliche Ertüchtigung der erhaltenswerten Substanz und die Modernisierung der Dienstgebäude weiterführen und dabei auch die Möglichkeiten prüfen und nutzen, die Justiz klimaneutraler zu gestalten.“

Vor diesem Hintergrund bitten wir die Landesregierung um Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Welche Maßnahmen wurden in den Jahren 2022, 2023 und 2024 ergriffen, um den Abbau des Sanierungsstaus, die bauliche Ertüchtigung der erhaltenswerten Substanz und die Modernisierung der Dienstgebäude umzusetzen?

2. In welcher Höhe wurden hierfür Werklöhne bezahlt? (Bitte einzeln nach Jahren auflisten)

3. Welche Maßnahmen werden aufgrund langfristiger Planung im Jahr 2025 ergriffen, um den Abbau des Sanierungsstaus, die bauliche Ertüchtigung der erhaltenswerten Substanz und die Modernisierung der Dienstgebäude umzusetzen?

4. Welche Gelder werden hierfür im Haushalt 2025 eingeplant?

5. Wie ist die Gesamtaufstellung aller werkvertraglich abgenommener Sanierungsmaßnahmen in den Jahren 2022, 2023 und 2024? (Bitte nach Jahren einzeln auflisten)?

Dr. Werner Pfeil

[1] https://gruene-nrw.de/dateien/Zukunftsvertrag_CDU-GRUeNE_Vorder-und-Rueckseite.pdf

Datum des Originals: 12.07.2024/Ausgegeben: 15.07.2024